

die überwiegend an jüngeren Forschungsergebnissen orientierte Darstellung auch zu detailliert. Feinheiten der vielen dargebotenen Modelle und theoretischen Perspektiven wie Konzeptionen erscheinen verzichtbar.

Saalfelds Buch ist somit letztlich weder als klassisches Lehrbuch über politische Parteien zu verstehen noch als eine umfassende Darstellung zu Parteien auf der elektoralen Ebene. Es bietet stattdessen einen informativen, umfassenden und fundierten Überblick der vergleichenden Forschung zu westlichen Regierungssystemen mit Schwerpunktsetzung auf den unterschiedlichen Formen des Handelns von Parteien und deren Wirken in Regierung und Parlament. Wer in diesem Feld der Vergleichenden Regierungslehre nach einer Einordnung und Interpretation von theoretischen Modellen und empirischem Wissen sucht, der sollte den Band zur Hand nehmen.

Uwe Jun

Parteibeitritt und seine Motive: wenig Neues aus der Forschung

Biehl, Heiko: Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, 265 Seiten, € 39,90.

In dem aus seiner Dissertation hervorgegangenen Buch befasst sich *Heiko Biehl*, wie der Untertitel ankündigt, mit den Motiven für einen Parteibeitritt (Partizipation) und mit dem Grad der Übereinstimmung von politischen Orientierungen bei Parteimitgliedern und Parteianhängern (Repräsentation). Beide Problembereiche werden mittels der bekannten These vom „neuen Typ“ von Parteimitgliedern verklammert. Sie behauptet folgende Wandlungstendenzen: Parteien würden ihre Mitglieder immer häufiger aus denselben, ressourcenstarken sozialen Gruppen rekrutieren und sich folglich hinsichtlich der Sozialstruktur ihrer Mitglieder weiter angleichen. Gleichzeitig veränderten sich auch die Beitritts- beziehungsweise Bindungsmotive von eher gesinnungs- und gefühlsmäßigen zu eher instrumentellen Aspekten. Die Repräsentationsproblematik gelangt dadurch ins Spiel, dass der Verfasser aus dem sozialstrukturellen Angleichungsprozess die Frage ableitet, ob die Mitglieder aller Parteien womöglich „gleiche oder zumindest ähnliche politische Überzeugungen“ oder gar „ihre eigenen Interessen“ (S. 183 f.) vertreten, womit die Parteien ihrer Funktion als intermediäre Institutionen nicht gerecht würden.

Die Annahme, dass Personen in ähnlicher sozialer Lage übereinstimmende politische Orientierungen entwickeln, erscheint dem Rezensenten allerdings wenig wahrscheinlich. Verdankt sich die Entstehung der empirischen Einstellungsforschung doch letztendlich der Einsicht, dass das Sein eben nicht das Bewusstsein bestimmt. Die empirischen Analysen führen dann auch zu dem Ergebnis, dass die Parteien diejenigen Standpunkte vertreten, „die auch in der Bevölkerung bzw. in der jeweiligen Anhängerschaft Anklang finden“ (S. 198). Jedenfalls lautet die Leitfrage der Untersuchung, ob sich ein Wandel der Parteimitglieder hinsichtlich ihrer Sozialstruktur und ihrer Beitrittsmotive vollzogen hat und ob diesbezüglich Ost-West-Unterschiede zu beobachten sind.

Die These vom „neuen Parteimitglied“ wird erstmalig auf einer außerordentlich breiten Datengrundlage untersucht. Sie besteht aus einer Befragung von Mitgliedern aller Bundestagsparteien sowie einer Bevölkerungsumfrage, die zeitgleich im Frühjahr 1998 durchgeführt wurden. Diese „Potsdamer Parteimitgliederstudie“ war bereits für 2003 im Westdeutschen

Verlag angekündigt (Autor: *Markus Klein*), ist bis heute aber nicht erschienen und nun offenbar vom VS Verlag für Sozialwissenschaften aus dem Programm genommen. *Biehl* beruft sich (wie übrigens auch andere Autoren) auf den DFG-Abschlussbericht, der ebenfalls nicht öffentlich zugänglich ist (jedenfalls ließ er sich nicht „ergooglen“). Für die Beurteilung von Survey-Studien ist die Kenntnis des Fragenprogramms allerdings wichtig, um die Auswahl beziehungsweise Konstruktion der Analyseinstrumente zu beurteilen. Daher ist es bedauerlich, dass *Biehl* die beiden Fragebögen nicht in sein Buch aufgenommen hat, zumal er mitteilt, dass sich seine aus der Literatur „abgeleiteten Erwartungen ... nicht optimal operationalisieren“ (S. 93) ließen. Bei dem Potsdamer Projekt sei es „nicht in erster Linie um eine empirische Bestimmung des *neuen Mitglieds* (Hv. i. O.) oder um die Determinanten der Parteizugehörigkeit“ gegangen, „sondern um die Motive innerparteilicher Partizipation“ (ebenda). Es lägen jedoch „Stellvertretervariablen vor, die die partizipationsrelevanten Fähigkeiten eines Individuums beschreiben bzw. wesentlich bestimmen“ (ebenda). Genannt werden Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus, Konfession und gesellschaftliches Engagement. Im Sinne des sozialstrukturellen Ansatzes findet auch noch die Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst Berücksichtigung. Als weitere erklärende Variablen für den sozialpsychologischen Ansatz werden die Parteibindung, das politische Interesse, das politische Selbstvertrauen (internal efficacy) und die „Reaktionsbereitschaft“ (external efficacy) herangezogen. Für den Rational-Choice-Ansatz sind nur zwei Indikatoren verfügbar, die der Autor allerdings als unzureichend bewertet (zeitliche Kosten und Prozessanreize).

Ein weiteres Problem besteht darin, dass für die Bearbeitung des Kernanliegens der Untersuchung, also die Frage nach dem Wandel von Parteimitgliedern, nur Daten für einen einzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehen. Der Verfasser behilft sich mit dem Vergleich von zwei „Mitgliedergenerationen“, den Altmitgliedern (Beitritt bis 1989) und den Jungmitgliedern (Beitritt seit 1990). Unterschiede gelten als Anzeichen für Wandel. *Biehl* ist sich der Problematik dieses Verfahrens durchaus bewusst, spielt ihre Bedeutung aber mit dem Hinweis herunter, dass sich Generations-, Perioden- und Zykluseffekte „bis zu einem gewissen Grad auch aufgrund theoretischer Plausibilitäten erkennen und auseinander halten“ (S. 166) ließen.

Noch eine letzte Bemerkung zur Analysestrategie: *Biehl* kritisiert das übliche Verfahren der Ermittlung von Beitrittsmotiven durch Selbstauskünfte als unzureichend, weil diese nicht unbedingt zuverlässig seien (S. 52 f.). Dabei beruft er sich auf *Oskar Niedermayer*, der sich bei seinen Forschungen aber sehr wohl dieses Verfahrens bedient, dabei allerdings kritische Hinweise für die Formulierung von Fragen und für die Interpretation der so gewonnenen Befunde gibt. Abgesehen davon, dass *Biehls* Kritik auch dem Rezensenten auch nach wohlwollender Prüfung nicht akzeptabel erscheint, nutzt auch er Instrumente, die für sozial erwünschtes Antwortverhalten bekannt sind, zum Beispiel die Links-Rechts-Skala (S. 187 ff.), die gleichwohl (und meines Erachtens auch mit Recht) als passables Mittel zur Bestimmung von generellen politischen Orientierungen gilt. *Biehls* Alternative besteht darin, Indikatoren zu entwickeln, „die die Mitgliedschaft in einer Partei fördern oder hemmen“, ohne dass sie einen „direkten Bezug zur Mitgliedschaft“ (S. 86) aufweisen. Mittels dieser Indikatoren wird ein Vergleich zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern (aufgrund der Parteidentifikation unterteilt nach Anhängern und Ungebundenen) durchgeführt. Wenn ein Merkmal häufiger bei Mitgliedern als bei Nichtmitgliedern auftritt, wird angenommen, dass dieses Merkmal die Zugehörigkeit zu einer Partei beeinflusst. Zunächst vergleicht *Biehl* die Häufigkeitsverteilungen einzelner Merkmale. Anschließend wird mittels

logistischer Regressionen der Einfluss der Variablen, die als geeignete Prädiktoren identifiziert worden sind, auf die abhängige Variable Parteimitgliedschaft (Dummy Anhänger/Mitglieder) berechnet. Geschätzt wird also, wie groß die Chance (im Kontext der übrigen Variablen des Modells) ist, dass beispielsweise bei einer Veränderung des Bildungsgrads um eine Stufe aus einem Parteianhänger ein Mitglied wird.

Die Berechnungen werden mit einem Datensatz durchgeführt, der 801 Parteianhänger und 9.442 Parteimitglieder enthält (S. 146). Er bildet also die (wahlberechtigte) Bevölkerung nicht ab. *Biehl* spricht dieses Problem an, wischt es aber (für den Leser nicht nachvollziehbar) mit einem Federstrich vom Tisch (S. 146 f.). Ich hätte jedenfalls große Probleme bei der Verallgemeinerung von Schätzergebnissen von einer fiktiven auf eine real existierende Population. Der Anteil der Parteimitglieder beträgt in Deutschland gerade einmal drei Prozent. Die Chance, dass aus einem Nichtmitglied ein Mitglied wird, ist realer also winzig und hätte bei der Gestaltung des Datensatzes berücksichtigt werden müssen.

Der Einfluss der oben genannten elf Prädiktoren beziehungsweise Bestimmungsgründe für eine Parteimitgliedschaft (ohne Erwerbsstatus und Konfession) erweist sich als außerordentlich bescheiden (S. 171). Am besten schneiden noch das gesellschaftliche Engagement, die Bildung und die Parteibindung ab. In diesen drei Fällen erhöht sich die Chance, dass aus einem Parteianhänger (also einer Person mit Parteibindung) ein Parteimitglied wird, um den Faktor 2 (standardisierter Effektkoeffizient). Sie verdoppelt sich mithin. Bezogen auf die winzige Chance, dass in der bundesdeutschen Realität jemand einer Partei beitrifft, handelt es sich um ein mageres Ergebnis. An vierter Stelle folgt das politische Interesse mit dem Faktor 1.5. Die restlichen Prädiktoren taugen noch weniger. Auch der Vergleich von Altmitgliedern und Jungmitgliedern fördert keine Unterschiede zutage, die auf einen substantiellen Wandel der Mitgliedschaften hindeuten. Für das gesellschaftliche Engagement werden die Koeffizienten 2.1 (Altmitglieder) beziehungsweise 1.7 (Jungmitglieder), für Bildung 1.7 beziehungsweise 2.2, für Parteibindung 2.0 beziehungsweise 2.2 und für politisches Interesse 1.7 beziehungsweise 1.7. errechnet.

Obwohl *Biehl* sich darüber im Klaren ist, dass der Einfluss seiner Erklärungsfaktoren „relativ bescheiden“ (S. 147) ist, beschreibt und (über)interpretiert er die gefundenen (minimalen) Unterschiede für die einzelnen Untersuchungsgruppen ausführlich. In der Summe kommt der Rezensent nicht umhin, *Biehls* Versuch „neue‘ methodische Wege einzuschlagen“ (S. 226) für gescheitert zu halten. Um die Motive für einen Parteibeitritt bestmöglich aufzudecken, bedarf es wesentlich subtilerer Modelle und Analysestrategien. Dabei kann keinesfalls auf Auskünfte der Befragten über ihre Beweggründe verzichtet werden.

Richard Stöss

Jugend und Politik: gute Beispiele für „angewandte Wissenschaft“

Alemann, Ulrich von, Martin Morlok und Thelse Godewerth (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006, 174 Seiten, € 34,-.

Ein Symposium an der Universität Düsseldorf untersuchte die politische Beteiligung von Jugendlichen aus politik- und rechtswissenschaftlichen Perspektiven. Verhandelt wurde in drei Podien und auf einer Podiumsdiskussion.